

Moldau

Dominic Maugeais/Viktorija Palm

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau, deren Grundlage das im Juli 2016 vollständig in Kraft getretene Assoziierungsabkommen darstellt, wurden auch im vergangenen Jahr besonders durch die innenpolitischen Entwicklungen in der Republik Moldau geprägt. Während die Beziehungen in der zweiten Hälfte des Jahres 2018 unter der von der Demokratischen Partei (PDM) geführten moldauischen Regierung einen Tiefpunkt erreichten, stehen sie seit dem friedlichen Ausgang der Regierungskrise im Juni 2019 wieder unter deutlich positiveren Vorzeichen.

Innenpolitische Entwicklungen und Krise in den Beziehungen mit Brüssel

Im Juni 2018 wurden die Bürgermeisterwahlen in Chişinău, die der Oppositionspolitiker Andrei Năstase der Plattform „Würde und Wahrheit“ (PDA) knapp gewonnen hatte, vom moldauischen Verfassungsgericht ohne nachvollziehbare Gründe für ungültig erklärt. Diese und weitere demokratiegefährdende Entscheidungen nahm die Europäische Union zum Anlass, im Juli 2018 die Auszahlung der ersten Tranche der zugesagten Makrofinanzhilfe auszusetzen.¹ Es folgte im August 2018 eine von der moldauischen Regierung beschlossene Steuerreform, die unter anderem eine unverhältnismäßig großzügige Steueramnestie vorsah, welche von Seiten der Europäischen Union mit Verweis auf ein dadurch erhöhtes Geldwäscherisiko kritisiert wurde. Angesichts dieser Entwicklungen bezeichnete das Europäische Parlament in seiner Resolution im November 2018 die Republik Moldau als einen von Oligarchen „gekaperten Staat“². Eine Wiederaufnahme der Finanzhilfen seitens der Europäischen Union wurde vom demokratischen Ablauf der Parlamentswahlen im Februar 2019 abhängig gemacht.

Parlamentswahlen und Ergebnisse

Am 24. Februar 2019 fanden die ursprünglich schon für November 2018 vorgesehenen Parlamentswahlen statt. Das umstrittene neue Wahlrecht, welches das rein proportionale System durch ein gemischtes System mit Direktkandidaten in Wahlkreisen ersetzte, resultierte in einer deutlichen Verschiebung der Parteienlandschaft. Stärkste Kraft wurde mit 35 Sitzen erneut die prorussische Sozialistische Partei (PSRM). Die regierende PDM erhielt 30 Sitze und wurde damit zweitstärkste Kraft, wäre bei einem rein proportionalen Wahlrecht mit 23,62 Prozent aber nur drittstärkste Kraft hinter dem Wahlblock ACUM (26,84 Prozent) geworden. Während mehrere etablierte Parteien, wie die Kommunisten

1 European Union External Action Service: Remarks by HR/VP Mogherini on breaches of human rights, democracy and the rule of law in Moldova, 5.7.2019, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/47997/remarks-hrvp-mogherini-breaches-human-rights-democracy-and-rule-law-moldova_en (letzter Zugriff 12.8.2019); vgl. hierzu auch den Beitrag „Europäische Nachbarschaftspolitik“ in diesem Jahrbuch.

2 Europäisches Parlament: Implementation of the EU-Moldova Association Agreement, European Parliament resolution of 14 November 2018 on the implementation of the EU Association Agreement with Moldova, 14.11.2018, (2017/2281(INI), eigene Übersetzung.

und die liberale Partei aus dem Parlament ausschieden, schafften neue Kräfte den Einzug: Die Partei „Aktion und Solidarität“ (PAS) von Maia Sandu und die Plattform „Würde und Wahrheit“ (PDA) unter Führung von Andrej Năstase, welche gemeinsam als Wahlblock „ACUM“ angetreten waren (27 Sitze), sowie die Shor-Partei (7 Sitze), benannt nach dem Bürgermeister von Orhei, Ilan Shor.³ Seine Kandidatur wurde international kritisiert, da er erstinstanzlich wegen Untreue verurteilt wurde und nachweislich in den Bankenskandal aus dem Jahr 2014 verwickelt war. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beschrieb den Ablauf der Wahlen insgesamt als kompetitiv und sah die allgemeinen Grundrechte geachtet, berichtete aber zugleich über Hinweise auf Stimmenkauf und den Missbrauch staatlicher Mittel.⁴

Regierungswechsel und Verbesserung der Beziehungen zur Europäischen Union

Aufgrund der politischen Differenzen zwischen den Parteien und im Vorfeld der Wahlen ausgeschlossenen Koalitionen gestaltete sich der Regierungsbildungsprozess wie erwartet schwierig. Erst am 8. Juni 2019, drei Monate nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse, einigten sich schließlich der proeuropäische Parteienblock ACUM mit der prorussischen PSRM – unterstützt durch die Europäische Union, Russland und die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) – überraschend auf eine Koalitionsregierung mit Maia Sandu als Premierministerin und Andrei Năstase als Innenminister. Die noch amtierende PDM-Regierung erkannte die neue Regierung jedoch mit Verweis auf eine kontroverse Entscheidung des Verfassungsgerichts nicht an, welches die Dreimonatsfrist zur Regierungsbildung als 90-Tages-Frist auslegte (welche am 7. Juni 2019 abgelaufen sei) und damit eine Auflösung des Parlaments und Neuwahlen begründete. Die resultierende Verfassungskrise und der politische Machtkampf zwischen den beiden konkurrierenden Regierungen endeten am 14. Juni 2019 mit dem Rücktritt der PDM-geführten Regierung und Anerkennung der Koalitionsregierung von ACUM und PSRM. Der moldauische Oligarch und Parteichef der PDM, Vlad Plahotniuc, verließ daraufhin das Land. Im Juli 2019 nahm die Europäische Union die ausgesetzte Budgethilfe für Moldau wieder auf.

Prioritäten und Ausblick

Vorrangiges Ziel der neuen Regierung ist die De-Oligarchisierung Moldaus und damit insbesondere der Kampf gegen Korruption. Des Weiteren soll die kontroverse Wahlrechtsreform rückgängig gemacht sowie eine neue Untersuchungskommission eingesetzt werden, um den Bankenskandal von 2014 vollständig aufzuklären. Es bleibt abzuwarten, wie lange das taktische Regierungsbündnis aus ACUM und PSRM Bestand haben wird und ob es ACUM gelingen wird, sich als glaubwürdige proeuropäische Kraft im Parteiensystem zu etablieren. Die Kommunalwahlen im Oktober 2019 stellen einen ersten Stimmungstest hierfür dar.

Weiterführende Literatur

Iulian Groza: Moldova. Renewed hope after a string of setbacks, in: Stanislav Secieru/Sinikukka Saari (Hrsg.): The Eastern Partnership a decade on. Looking back, thinking ahead, Paris 2019, S. 42-56.

3 OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights: Republic Of Moldova. Parliamentary Elections 24 February 2019. ODIHR Election Observation Mission Final Report, 22.5.2019, abrufbar unter: <https://www.osce.org/odihr/elections/moldova/420452?download=true> (letzter Zugriff: 12.8.2019), S. 29.

4 OSCE: Republic of Moldova, Parliamentary Elections, 2019.